

ANTRAG Stadtrat Tilmann Pfannkuch (CDU) Stadtrat Hermann Brenk (CDU) Stadtrat Dr. Albert Käuflein (CDU) Stadtrat Jan Döring (CDU) CDU-Gemeinderatsfraktion vom 22.09.2014	Gremium: Termin: Vorlage Nr.: TOP:	4. Plenarsitzung Gemeinderat 18.11.2014 2014/0171 7.4 öffentlich
Wohnraum in Karlsruhe: Interkommunale Wohnraumförderung und Interkommunales Wohnraummanagement		

Die CDU-Fraktion beantragt:

Zur effektiven Schaffung bezahlbaren Wohnraums prüft die Stadtverwaltung Möglichkeiten für eine interkommunale Zusammenarbeit mit den benachbarten Gemeinden und entwickelt konkrete Ansätze für umsetzbare Kooperationsformen. Die Stadtverwaltung stellt Ihre Überlegungen im Planungsausschuss vor.

Sachverhalt/Begründung:

Die Auswirkungen der Wohnraumknappheit, insbesondere im unteren und mittleren Preissegment, sind nicht nur in Karlsruhe selbst, sondern auch in den unmittelbaren Nachbargemeinden von Karlsruhe spürbar.

Die Möglichkeiten für eine großflächige Ausweisung von Neubauf lächen für eine nachhaltige Entlastung des Wohnungsmarktes sind im bauf lächenarmen Stadtkreis Karlsruhe äußerst begrenzt. Es zeichnet sich bereits heute ab, dass Karlsruhe trotz des in der Gemeinderatssitzung vom 21.01.14 beschlossenen Karlsruher Wohnraumförderkonzepts „KaWoF“ die Herausforderungen für eine ausreichende Anzahl neuer bezahlbarer Wohnungen alleine nicht bewältigen werden wird. Investitionshemmend wirkt sich zusätzlich das zeitgleich beschlossene Karlsruher Innenentwicklungskonzept „KAI“ aus.

Die durch das Amt für Stadtentwicklung prognostizierte Zunahme der in Karlsruhe lebenden Bevölkerung auf 314.483 Personen (Erst- und Zweitwohnsitz) bis 2030, ergänzt durch ein insgesamt positives Bevölkerungswachstum im Landkreis Karlsruhe bis 2025 auf 438.090 Einwohnerinnen und Einwohner (Bevölkerungsprognose Bertelsmann Stiftung, www.wegweiser-kommune.de), erfordert ein konzentriertes interkommunales Vorgehen.

Ausgangspunkt für den Leitfaden ist die Ermittlung des Fehlbedarfes an Wohnungen im Stadt- und Landkreis Karlsruhe, die zu Mieten unterhalb der Ortsüblichkeit angemietet werden können. Weiter gilt es zu klären, ob und welche zielführenden Bestrebungen mit einem interkommunalen Fokus es bei der städtischen Tochtergesellschaft Volkswohnung sowie den privaten und genossenschaftlich organisierten Wohnbaugesellschaften und -unternehmen der Region bereits gibt. Das verstärkte Engagement der Volkswohnung muss durch eine umfänglichere Einbindung der privaten und genossenschaftlich organisierten Wohnbaugesellschaften und -unternehmen auf regionaler Ebene ergänzt werden, die für eine größere Investitionsbereitschaft gewonnen werden müssen. Die bisherigen Bemühungen der Stadtverwaltung durch zwei so genannte „runde Tische“ sind nicht ausreichend und in ihrer entfalteten Wirkung bisher unbefriedigend.

Die Verwaltung zeigt konkrete Ansätze auf, wie Karlsruhe gemeinsam „Hand in Hand“ mit ihren Nachbargemeinden interkommunale Maßnahmen entwickeln und ergreifen kann, um von einer gezielten kommunalen Förderung des Wohnbaus profitieren zu können. Ziel ist es, dass zukünftig insbesondere Familien im unteren und mittleren Einkommensbereich, aber auch die große Anzahl von Studierenden sowie Seniorinnen und Senioren, ein ausreichendes Angebot an Wohnraum im Stadt- und Landkreis vorfinden.

Die Stadtverwaltung schließt in ihre Prüfung Beispiele interkommunaler Kooperationen aus anderen Kommunen mit ein, die nachweislich positive Wirkungen auf den Wohnungsmarkt im unteren und mittleren Preissegment haben.

unterzeichnet von:

Tilman Pfannkuch

Hermann Brenk

Dr. Albert Käuflein

Jan Döring

Hauptamt - Ratsangelegenheiten -

7. November 2014